

Vorlage Nr. 101.18.160

21. Juni 2016

1 von 3

Kassel lässt keinen Raum für sexuelle Gewalt an Frauen**Gemeinsamer Antrag****zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadt Kassel ist eine offene und bunte Stadt, in der sich besonders auch die Einwohnerinnen ohne Angst selbstbestimmt und frei bewegen können. Die Stadt Kassel hat zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um Angsträume und potentielle Gefahren von sexuellen Übergriffen zu reduzieren. In einem Netzwerk von Akteurinnen und Akteuren wird beständig über sexuelle Gewalt an Frauen beraten und an der Vermeidung solcher Taten gearbeitet. Dennoch kommt es immer wieder zu sexuellen Übergriffen, die uns mit großer Sorge beschäftigen. Daher stellen wir erneut entschlossen fest: Jeder sexuelle Übergriff ist einer zu viel. Die Stadtverordnetenversammlung wird die Opfer sexueller Gewalt nicht alleine lassen. Kassel ist kein Ort für sexuelle Übergriffe auf Frauen. Mit dieser Botschaft bekräftigt die Stadt Kassel erneut ihre Aktivitäten, sexuelle Gewalt an Frauen nach Kräften zu bekämpfen.

1. Die Stadt Kassel unterstützt die Kampagne „Nein heißt Nein!“, mit der der Bundesgesetzgeber aufgefordert wird, eine Neufassung und Verschärfung des Sexualstrafrechtes bundesweit einheitlich vorzunehmen. Die Bereitschaft der Bundesregierung, diesen Grundsatz in das Strafrecht aufzunehmen, begrüßen wir ausdrücklich. Auch für vermeintlich geringfügigere Tatbestände wie verbale Übergriffe oder „Grapschen“ braucht es eindeutige gesetzliche Regelungen zum Schutz der Frauen. Das Strafrecht ist Teil der rechtstaatlichen Ordnung, die in Deutschland für alle Menschen gilt.
2. Das Land Hessen ist für die Verfolgung von Straftaten zuständig. Die Polizei und die Staatsanwaltschaft ermitteln regelmäßig und gründlich beim Anfangsverdacht sexueller Gewalt – unabhängig von der Herkunft des Täters, des sozialen Status, des familiären Hintergrundes oder sonstiger Merkmale. Wir fordern das Land Hessen auf, in diesem Bemühen nicht nachzulassen und danken für die bisherige Zusammenarbeit und den Informationsaustausch.

3. Die Stadt Kassel ermutigt Frauen, die Opfer von sexueller Gewalt wurden, sich den staatlichen Stellen anzuvertrauen. Durch die Möglichkeit zur verfahrensunabhängigen Spurensicherung im Klinikum besteht in Kassel zusätzlich die Möglichkeit, dass Frauen sich vertrauensvoll und anonym an medizinische Fachkräfte wenden können. Und selbst entscheiden können, wann die strafrechtliche Verfolgung eingeleitet wird. Diese Aufklärungsarbeit fördert die Stadt Kassel in Zusammenarbeit mit dem Klinikum Kassel weiterhin.
4. Die Stadt Kassel wird weiterhin den jährlichen Präventionstag organisieren, um die Kasseler Bevölkerung über Möglichkeiten des zivilen Engagements gegen Gewalt zu informieren und gerade auch gegen sexuelle Gewalt an Frauen entschlossen vorzugehen. Das Motto „Gewalt – Sehen – Helfen“ steht seit vielen Jahren für die präventive Arbeit der Stadt Kassel.
5. Den fortlaufenden Austausch mit den Sicherheitsorganen wie Polizei und Staatsanwaltschaft sowie engagierter Vereine und Verbände mit der Stadt Kassel wollen wir über Runde Tische zum Beispiel auch im Austausch mit dem Landkreis Kassel weiterführen. Unabhängig von der medialen Darstellung und der subjektiven Empfindung muss der fachliche Austausch von Informationen zum Beispiel der Kriminalstatistik oder für aktuelle Phänomene Vorrang haben vor unsachlichem Aktionismus.
6. Die Stadt Kassel hat die Ereignisse von Köln zum Anlass genommen, innerhalb der Stadtgrenzen ähnliche Ereignisse verstärkt zu ermitteln, um im Vorfeld von Veranstaltungen mit den Sicherheitsbehörden geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Dazu gehört auch, Frauen über die Vorgehensweise potentieller Täter und Tätergruppen zu informieren und so auch zu schützen. Das systematische und organisierte Vorgehen von mehreren Personen gegen eine Frau ist ein krimineller Ablauf, der nicht unbemerkt erfolgt. Gerade im öffentlichen Raum oder bei Großveranstaltungen werden wir in der Stadt Kassel genau hinschauen. Wir rufen die Kasseler Bevölkerung auf, diese Art von Vorgängen bei den zuständigen Stellen zu melden.
7. Die Stadt Kassel wird weiterhin die Arbeit von Einrichtungen wie dem Autonomen Frauenhaus, dem Mädchenhaus, der Anlaufstelle für Mädchen Malala in der Kasseler Innenstadt sowie dem Verein Frauen informieren Frauen – FIFe.V. und der Kasseler Hilfe und zahlreichen weiteren Einrichtungen unterstützen und mit ihnen und den staatlichen Organen über Sicherheitsfragen beraten. Bei diesen Akteuren besteht eine hohe konzeptionelle Erfahrungen und Kompetenz, die in der Stadt Kassel seit den frühen 1980er Jahren eine sehr gute Arbeit für den Schutz von Frauen vor sexuellen Übergriffen leisten.

Begründung:

3 von 3

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Awet Tesfaiesus

Anke Bergmann

Stellv.

Fraktionsvorsitzende SPD

Dr. Norbert Wett

Fraktionsvorsitzender

CDU

Eva Koch

Stellv.

Fraktionsvorsitzende

B90/Grüne

Matthias Nölke

Fraktionsvorsitzender

FDP